



HESSISCHER LANDTAG

26. 02. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten**

Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und die Auswirkungen auf Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht die lange Freundschaft und Bedeutung der Partnerschaft zwischen Hessen und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland. Der Landtag bedauert den nach Art. 50 EUV beantragten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union und betont, dass auch nach dem Austritt die engen Beziehungen fortbestehen sollen.
2. Der Landtag stellt fest, dass es bisher nicht gelungen ist, das zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ausgehandelte Austrittsabkommen parlamentarisch zu verabschieden und in Kraft zu setzen. Damit wächst die Gefahr, dass es zu einem ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs zum 29. März 2019 kommt (sog. No-Deal-Szenario) Gerade dies ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen sowohl im Vereinigten Königreich als auch in Europa zu vermeiden.
3. Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass die durch einen eventuellen ungeordneten Austritt entstehenden negativen Auswirkungen für in Hessen lebende britische Staatsangehörige sowie für hessische und britische Unternehmen, die nach Großbritannien bzw. nach Hessen wirtschaftliche Beziehungen unterhalten, möglichst gering gehalten werden sollen. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich insbesondere um eine praxistaugliche Übergangsregelung für die in Hessen lebenden betroffenen britischen Staatsangehörigen sowie den internationalen Luftverkehr und die Zollabfertigung am Frankfurter Flughafen zu bemühen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in den Ausschüssen für Europa (EUA) sowie für Wirtschaft, Verkehr, Energie und Wohnen (WVA) über den Stand der Vorbereitungen für den Austritt Großbritanniens zu berichten, und sie soll dabei verschiedene Sektoren (z.B. Luftverkehr, Logistik, Automobilindustrie, Banken und Landwirtschaft) beleuchten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 26. Februar 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion der SPD
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph

Für die Fraktion der Freien Demokraten
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Jürgen Lenders